

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen.

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Bestellgeld.

Umfassend die Ortschaften:

Muringen, Bierstadt, Breckenheim, Velkenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppenheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildsachsen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzelle oder deren Raum 40 Pfg. Kellern
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
— in der Postzeitungsliste unter 1110 a. —

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 111.

Donnerstag den 23. September 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

- Die Preussische Landesversammlung hat den Notetat in allen drei Lesungen angenommen.
- Ein Erlass des Reichsverkehrsministers wendet sich gegen die Sperrung der Kartoffelzufuhren durch die Eisenbahnen.
- Vor einem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I begann am Dienstag in Berlin der Prozeß wegen der Weissenfeer Kommunistenunruhen am 21. und 22. August.
- Die Berliner Kommunisten veranstalteten im Anschluß an eine Versammlung im Lustgarten einen großen Demonstrationzug, bei dem es zu bürgerlichen Kundgebungen gegen die K. S. P. D. kam.
- Der belgische General Le Rond wird voraussichtlich von seinem Posten als Vorsitzender der interalliierten Kommission in Oberschlesien abberufen werden.
- Millerand hat, dem Wunsch der Nation nachgebend, sich entschlossen, die Kandidatur für die Präsidentschaft anzunehmen.
- Die deutsche Saluta steigt nach dem letzten Sturz wieder ein klein wenig. 1 Mark = 7,4 Pfennige des Friedenswertes.

Der Kampf um deutsches Land.

Eupen und Malmédy Belgien zugesprochen.

Eupen und Malmédy sind vom Völkerbundsrat Belgien zugesprochen worden. Die Entscheidung soll am Sonntag morgen in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben werden. In Belgien sind die Bürgermeister angewiesen, den Tag durch Glockengeläut und Flaggen Schmuck feiern zu lassen. Der Oberkommandierende, General Balloian, ist zum Baron ernannt worden.

Der Vorsitzende des Völkerbundes Leon Bourgeois hat Belgien zu diesem Ergebnis gratuliert. Der König, der telegraphisch von diesem Ergebnis verständigt wurde, wird in wenigen Tagen eine Botschaft an die Belgier neu einberufenen Distrikte senden. Der Ministerpräsident Delacroix veröffentlichte eine Proklamation an die Bevölkerung.

Eine amtliche Bestätigung dieser Meldung liegt noch nicht vor. Doch ist an ihrer Richtigkeit leider kaum zu zweifeln. Wir sind es ja auch allmählich gewohnt, daß jede Entscheidung über deutsche Angelegenheiten zu unseren Ungunsten ausfällt. Im vorliegenden Falle war dies jedoch um so weniger anzunehmen, als die Bergverwaltung der Kreise Eupen und Malmédy durch die Vereitelung einer ordnungsmäßigen Volksabstimmung für jeden objektiven urteilenden Menschen klar und deutlich erwiesen war. Noch in letzter Stunde hatte die deutsche Regierung dem Völkerbund ein ausführliches Beweismaterial für ihre Behauptungen erbracht. Alles war vergebens. Der Völkerbund, dieser Wechselbalg der Friedenskonferenz in Versailles, der angeblich zum Schutze der Völker und zur Vermeidung kriegsrischer Konflikte gegründet ist, hat einer Bergverwaltung schlimmster Art zugestimmt und damit den Keim zu neuen Zwistigkeiten gelegt. Durch diese „Entscheidung“ des Völkerbundes ist natürlich das Schicksal Eupens und Malmédys für uns noch lange nicht endgültig entschieden, wenn es auch im Augenblick den Anschein haben mag, als ob unsere deutschen Brüder an der Westgrenze der Raubgier des belgischen Bösen für immer preisgegeben seien.

Änderung der französischen Politik in Oberschlesien?
„Corriere della Sera“ meldet aus Paris: In journalistischen Kreisen ist man der Überzeugung, daß die Ankunft des Generals Le Rond in Paris die Einleitung zu einer radikalen Änderung der französischen Politik in Oberschlesien sei. Auch die Leiter der Bewegung sollen durch neue Persönlichkeiten ersetzt werden.

Wie die „Schlesische Volkszeitung“ meldet, dürfte die aus Paris gemeldete Abberufung des Generals Le Rond als Vorsitzender der interalliierten Kommission in Oberschlesien im Falle eines ungünstigen Ausfalles des Urteils der Völkerverkonferenz über die Mißbeligkeiten in Oberschlesien als endgültig zu betrachten sein. Einer der englischen Kreisinspektoren, auf deren Beschwerden hin General Le Rond nach Paris zitiert wurde, ist Major Otley in Beuthen, ein Neffe von Lloyd George. Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, was allerdings sehr unwahrscheinlich ist, dann wäre vor allem mit einer Abberufung des Generals Le Rond zu rechnen, der dieser Tage nach Paris gereist ist, wo er der Völkerverkonferenz Bericht erstatten soll. Eine Änderung der französischen Politik in Oberschlesien käme aber auch dem Eingeständnis gleich, daß die bisherige Politik der französischen Be-

ragungsbegegnungen alles andere denn unparteiisch gewesen ist.

Die Reise des Generals Le Rond, des Präsidenten der Interalliierten Kommission, hat wesentlich zur Entspannung der Lage in Oberschlesien beigetragen. Der italienische General di Marino, der ihn vertritt, wird in den nächsten Tagen die Vertreter der ober-schlesischen Presse empfangen.

Der zukünftige Präsident.

Millerand nimmt doch an.

Von halbamtlicher französischer Seite wird gemeldet, daß Ministerpräsident Millerand sich endlich „dem Drängen der Nation folgend“ bereit erklärt habe, die Kandidatur für die Präsidentschaft der Republik anzunehmen, und zwar wird behauptet, er habe diesen Entschluß aus Versailles mitgebracht, wohin er sich zu seiner Familie begeben hatte.

Ob dies ein satirischer Streich gegen Millerand sein and bedeuten soll, daß er sich durch andere als politische Einflüsse zu seiner Stellungnahme habe bestimmen lassen, geht aus der Meldung nicht klar hervor. Uns kann es auch erheblich gleichgültig sein, welchen Gründen die französische Nation den Entschluß ihres zukünftigen Präsidenten zu verdanken hat. Für uns ist nur das von besonderer Wichtigkeit, daß die Gedankenwelt dieses impulsiven Mannes auch in Zukunft auf die französische Politik wesentlichen Einfluß ausüben wird. Wie ja auch Voltaire der Politik seines Landes die Richtung gegeben hat.

Wer nun Ministerpräsident werden wird, ob Briand, der von den französischen Chauvinisten wegen seiner Mäßigkeit abgelehnt wird, oder der kluge Viviani oder irgend ein anderer, spielt insofern eine geringere Rolle, als jedenfalls in dem Verhalten der französischen Politik Deutschland gegenüber eine grundlegende Änderung kaum eintreten dürfte. Eher dürfte vielleicht die Präsidentenwahl den gegenteiligen Erfolg haben, sofern es richtig ist, daß Voltaire aller Wahrscheinlichkeit nach Finanzminister werden wird. Dieser Herr, von dessen übelwollender Meinung uns gegenüber wir ja bereits ansehnliche Proben zu verzeichnen haben, spielt sich seit geraumer Zeit in der Pariser Presse bereits als Mentor der französischen Finanzen auf und macht immer wieder mit dem ihm eigentümlichen großen Stimmaufwand geltend, daß Deutschland an Wiedergutmachungen noch nichts geleistet habe, daß es aber zahlen könne und zahlen müsse.

Jedenfalls wird man auf deutscher Seite gut tun, alle Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen und über unsere Zahlungsfähigkeit oder vielmehr Unfähigkeit überzeugendes und unüberlegbares Material zu sammeln, damit wir etwaigen unvorhergesehenen Ansprüchen Frankreichs gegenüber gerüstet sind.

Die Wucherpreise auf dem Viehmarkt.

Zur Abschaffung der Fleischbewirtschaftung.

Die drohenden Wucherpreise auf dem Viehmarkt haben in weiten Kreisen der Bevölkerung große Erregung verursacht. Den stärksten Widerhall findet diese Beunruhigung in der Landwirtschaft, da sie wie der Geschäftsführer der Abteilung für Produktions- und Ubergangswirtschaft im Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaftsdelegation Kaiser Vertretern der Presse erklärte, ihrerseits nicht gewillt ist, übertriebene Preisbildung auf dem Markte zu dulden.

Oekonomierat Kaiser ist der Ansicht, daß die Verantwortung dafür zum großen Teil der Handelstrage, der gleichfalls den Wunsch einer ehrlichen Preisbildung in seinen führenden Organen vertritt. Trotz der schlechten Ernte sind die Landwirte bereit, ihr Schlachtvieh zu einem erschwinglichen Preise zur Verfügung zu stellen, der die Produktionskosten in einem einigermaßen ausreichenden Umfang deckt. Dies traf bei den bisherigen Höchstpreisen nicht zu. Wenn es gelänge, den Terminhandel und übermäßige Deckungsanstrengungen zu verhindern, brauchen die großen Verbrauchszentren sich keiner allzu großen Sorge hinzugeben. Der Rindviehbestand ist in langsamer Erholung begriffen, die Qualität allerdings noch minderwertig. Für den Ausverkauf ganzer Provinzen muß die Landwirtschaft jede Verantwortung ablehnen.

Neue Maßnahmen zur Verhinderung schädlicher Auswüchse im Viehhandel.

Die landwirtschaftlichen Körperschaften sind mit den Reichsorganisationen der Viehhändler und Fleischer in Verbindung getreten, um eine neue Organisation ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein wird, für die Preisbildung gesunde Unterlagen zu schaffen. Die Organisation soll insbesondere den Wucheraerzten und Preisprüfern

Unterlagen liefern, da die Kosten zwischen dem Viehpreis und den Fleischpreisen im freien Handel ganz ungeheuerlich gestiegen sind. Auf ein Stück Schlachtvieh kommt mindestens 100 Mark Fracht, 80 Mark Versicherung und 12 Mark Treibergeld. Die Kosten, die zwischen Ankaufspreis und Großhändlerpreis entstehen, betragen pro Stück Vieh etwa 400 Mark, wobei für den Händler nur ein mäßiger Gewinn in Ansatz gebracht ist. Dazu kommen die Kosten der Großschlächtereien mit mindestens 150 Mark ohne Umsatzsteuer pro Stück und die Unkosten des Ladenhändlers. Von dem Verkaufspreise bleibe den Landwirten infolgedessen nur ein mäßiger Anteil.

Die Schlachtviehpreise eine Schraube ohne Ende.

Zu welchen Folgen die unregelmäßige Preisbildung im Viehhandel unweigerlich führen muß, zeigte sich, um nur ein Beispiel anzuführen, in besonders krasser Weise im Kreise der Berden an der Mosel. Der Verband der kommunalen Verbände konnte den dortigen Schlächtern in der vergangenen Woche nicht die genügende Anzahl Vieh überweisen, obwohl der Kreis Berden über genügend Schlachtvieh verfügt und Schlachtvieh auch in genügender Menge ausführt. Der Grund, weshalb an die Schlächter nicht genügend Vieh geliefert wurde, ist darin zu suchen, daß man sich hier noch an die festgesetzten Berliner Höchstpreise hält, während manche Großstädte und viele Industriestädte sich einfach über den Höchstpreis hinwegsetzen und gleich 100 Mk. für den Zentner mehr bieten. Entschieden sich die heimischen Schlächter nachzugeben für diesen Ueberpreis, so wird er von anderen Seiten wieder überboten werden. Meist haben letztere unbeschränktes Mandat. Die Schlachtviehpreise sind eine Schraube ohne Ende geworden und wenn man mit der Ausfuhr von Vieh in bisheriger Weise fortfährt, dann steht der Kreis bald vor dem Rest des schlachtbaren Viehes.

Ähnliche Meldungen liegen auch aus zahlreichen anderen Gegenden vor. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß jetzt die Preisbildung genau beobachtet und allen Auswüchsen im Handel und der Preisgestaltung sofort nachgegangen werden soll. Geschieht dies nicht, dann müßte die Aufhebung der Fleischbewirtschaftung gerade das Gegenteil von dem zur Folge haben, was man damit erreichen wollte.

Politische Rundschau.

— Berlin, 21. September 1920.

— Als erste deutsche konsularische Vertretung in Japan hat das deutsche Generalkonsulat in Mailand seine Tätigkeit aufgenommen.

— Anfang Oktober findet in Karlsruhe in Verbindung mit einer großartigen Ausstellung über badische Wasserkräfte und elektrische Versorgung ein internationaler Schiffsahrtkongreß statt.

— Bayern beabsichtigt die Errichtung eines bayrischen Landwirtschaftsrates, der an Stelle der vom Reich vorgesehene Bezirkswirtschaftsräte in Verbindung mit dem Reichswirtschaftsrat die landwirtschaftliche Interessenvertretung Bayerns in sich vereinigen soll.

— Münchener Blätter bezeichnen die Meldungen des „Vorwärts“ über eine geplante Ausruhmung des Prinzen Rupprecht als König und über die Organisierung einer monarchischen Reichsregierung als aufgewärmte Tarnenachricht und Gespinnsterei.

— Staatssekretär Mosle aus dem Reichsfinanzministerium befindet sich gegenwärtig auf einer Dienstreise, um sich mit den Präsidenten der Landesfinanzämter bezüglich einer beschleunigten Erhebung der Erbschaftsteuer und besonders des Reichsnotopfers zu beraten.

:: Keine neuen Forderungen der Postbeamten.
Salbamtlich wird erklärt: Aus Presseäußerungen ist zu entnehmen, daß sich vielfach die Auffassung festgesetzt hat, die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsfinanzminister und dem Reichspostminister über die Einstufung der Beamten in die Besoldungsordnung seien durch neue, ihrem ganzen Aufbau zuwiderlaufende Forderungen der Postbeamten hervorgerufen worden. Dies trifft nicht zu. Es handelt sich vielmehr lediglich um Forderungen, die sich aus der Höherstellung der Landes- und der Finanzbeamten ergeben und vom Reichspostministerium im Einvernehmen mit dem Beamtenrat schon vor Monaten erhoben worden sind. Ueber diese Forderungen schweben zurzeit neue Verhandlungen, die hoffentlich ein beide Teile befriedigendes Ergebnis haben werden.

:: Die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge schwerer infolge der ständig wachsenden Erwerbslosigkeit in steigendem Maße an. Seit dem Bestehen der Erwerbslosenfürsorge (Dezember 1918) bis Ende März 1920 sind vom Reich und von den Ländern für die allgemeine Erwerbslosenfürsorge an gesetzmäßigen Beihilfen (zehn Pfennig) und an Sonderbeihilfen für leistungsschwache Gemeinden sowie nach den Vorschriften über die Bekämpfung des Arbeitsmangels in der Land-

Wirtschaft verausgabt worden 734 791 057 Mark, für die Erwerbslosenfürsorge der Textilarbeiter 305 532 000 Mark, für die Beschäftigten der Schuhwarenfabrikation 3 331 156 Mark, zusammen also 1 043 544 311 Mark. Von Interesse ist vielleicht noch, daß in derselben Zeit zur Unterstützung von Notstandsarbeitern eine Summe von 935 169 400 Mark bewilligt wurde.

Die erheblichen Summen, welche hiernach auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge bereits aufgewendet worden sind, geben weniger, als es auf anderen Gebieten der Fall ist, einen Anlaß, die Einrichtung und ihre Umsetzung in die Praxis zu begrüßen. Denn die aufgewendeten Kosten sind zwar im Interesse der Unterstützungsempfänger notwendig und geeignet, deren schwierige wirtschaftliche Lage zu erleichtern, sie werden aber durch keine Beisteuer aus den Kreisen der Unterstützungsempfänger oder ihrer Arbeitgeber gedeckt und belasten in ihrer Höhe die Finanzen von Reich, Staat und Gemeinden in bedenklicher Weise. Deshalb ist auch bereits ein Abbau der Erwerbslosenfürsorge in ihrer jetzigen Form ins Auge gefaßt worden.

Der rote Magistrat von Berlin ist im Wahlaußschuß der Stadtverordnetenversammlung auch in zweiter Lesung gewährt worden. Die Versammlung endete wiederum damit, daß die bürgerlichen Mitglieder der einschlüssig der Demokraten den Sitzungssaal verließen, nachdem sie bezüglich der sogenannten „Dupend-Stradträte“ die Erklärung abgegeben hatten, daß ihre Teilnahme an der Beratung keinen Zweck habe.

Nichts der Tatsache, daß die sozialistischen Mehrheitsparteien einen von bürgerlicher Seite eingebrachten Antrag ablehnten, bei diesen Stadtratswahlen die Verhältnisse wohl durchzuführen und damit auch den nichtsozialistischen Bevölkerungsschichten den ihnen zukommenden Teil an der Stadtverwaltung zuzubilligen. Bezüglich der Einzellisten wurden die sozialistischen Vorschläge der ersten Lesung aufrecht erhalten.

Rundschau im Auslande.

Der Oberste Rat hat das Rücktrittsgesuch des Herrn von Bock angenommen und an seiner Stelle den früheren Bürgermeister von Saarbrücken Dr. Hector zum Mitglied der Saarrégierung ernannt.

Der Konflikt zwischen Polen und Litauen wurde ge-klärt. Beide Nationen nahmen die vom Obersten Rat im Dezember 1919 festgesetzte Grenze an.

Unter dem Vorsteh von Lord Robert Cecil hat sich in London eine Liga gegen Völkerverdrängung, ein „International Committee for the Simplification of the Vocabulary“ gebildet.

Polnische Kavallerie hat in Böhmen bei der Verfolgung der fliehenden Völkerverdrängten die Festung Kono-jelekt.

Italien: Wiederaufnahme der Arbeit.

Unter dem scharfen Druck Giolittis ist eine vorläufige Einigung zwischen den Arbeitern und den Industriellen zu-stande gekommen. Es wird ein paritätischer Aus- schuß gebildet, der Vorschläge unterbreiten soll für ein von der Regierung ausgearbeitetes Betriebsratsge- setz. Die industriellen Organisationen sollen auf der Grund- lage der Beteiligung der Arbeiter bei der tech- nischen und finanziellen Kontrolle sowie in den Verwaltungen der industriellen Unternehmungen aufgebaut werden. Diese Vorschläge sollen sich auch erstrecken auf die Einstellung und Entlassung der Arbeiter. Die Lohn- zahlung während der Belegungszeit wurde von den In- dustriellen verweigert, dagegen bewilligten sie die Rückzahlung der vereinbarten Lohnzahlung auf den 15. Juli, sowie die Zahlung der Arbeitslosenentschädigung. Schwieriger war die Ein- gung über disziplinarische Strafen für die schlimmsten Ueber- tritte der Bewegung, worauf die Industriellen fest be- standen. Giolitti schlug vor, die einzelnen Fälle der neuen paritätischen Kommission zur Entscheidung vorzulegen. Die Industriellen erwiderten, sie könnten wegen der vorgelom- menen Bergewaltigungen von Vorgelegten die Lösung nicht als feste Vereinbarung, sondern nur als Regierungsbescheid an- nehmen. Giolitti übernahm darauf die Verantwortung für diesen Bescheid. Die Arbeiter müssen nunmehr die Fabriken räumen. „Messaggero“ hört, daß der Allgemeine Ar- beiterverband die Arbeiter angewiesen habe, die be- setzten Fabriken zu räumen und die Arbeit wie- der aufzunehmen: der Arbeiterverband versichere, daß

die Ordnung gewahrt werden werde. — Laut „L'Espresso“ ist in Brescia die Corabinterkassette und in Turin eine chemische Fabrik, die sich noch in den Händen von nichtrevolutionären Arbeitern befand, von roten Gardes gestürmt worden.

Irland: Eine letzte Botschaft des Bürgermeisters von Cork.

Die englische Blätter melden, hat der Bürgermeister von Cork am 10. Tage seines und seiner Kameraden Dun- gerstreiks an die Iren der gesamten Welt eine Botschaft gerichtet in der er erklärt, daß er nicht glauben könne, das englische Volk werde die Durchführung dieses gefährlichen Mordens der Engländer Namen in beispielloser Weise be- stehen würde, zulassen. Sollte aber das englische Volk keine Macht über seine Regierung haben, so würden die Ge- fangenen um Irlands Willen gerne sterben. — Vom iri- schen Kampfplatz liegt heute folgende Meldung vor: Im Gebirge bei Dublin hatten irische Freiwillige, etwa 100 Einheiten, Schießübungen vorgenommen. Einziges Mi- litär in Zivilkleidung schlich heran und umzingelte den Platz. Nach kurzem Kampf wurden 36 Einheiten gefangen ge- nommen. Es gab einen Toten und mehrere Ver- wundete. In der Gefangenschaft blieben 7 Polizeibe- amte in einen Hinterhalt. Einer wurde getötet und zwei verletzt.

Südafrika: Deutsch-Südwest und die Union.

„Times“ melden, daß die deutschen Kolonisten des vormaligen Deutsch-Südwests dem General Smuts, der sich auf einer Inspektionsreise in Südafrika in Wind- hut befand ein Memorandum überreichten, in dem sie erklären, eine Verwaltung Deutsch-Südwests als Teil der südafrikanischen Union würde eine Verletzung des Fried- densvertrages bedeuten und den einmütigen Wünschen der Einwohner widersprechen, die nicht in die Klassenpolitik der Union hineingezogen zu werden wünschen. Das Me- morandum fordert das Fortbestehen der deutschen Einrich- tungen, die Zulassung deutscher Kultur, die Rückkehr nach Südwestafrika der unter Kriegrecht ausgewiesenen Deut- schen, die Errichtung eines deutschen Konsulats, die deut- sche Sprache als Amtssprache und die Beibehaltung des bürgerlichen Rechts. Da die Einführung des in Südafrika geltenden römisch-holländischen Rechts einen Rückschritt um Jahrhunderte bedeuten würde.

In seiner Antwort auf das Memorandum erklärte General Smuts, die Deutschen sollten es für im- mer aufgeben, um Unterstützung und Hilfe nach Deutschland auszufragen und sollten einsehen, daß ihre Zukunft von nun an unauslöschlich mit dem der Union verknüpft sei.

Der Weissenfer Kommunisten- Prozeß.

24 Mitglieder der kommunistischen Kampforganisation vor Gericht.

Vor einem außerordentlichen Gericht des Reichs- wehrgruppenkommandos I in Berlin begann am Dien- stag der Prozeß gegen die an den Weissenfer Kommu- nistenunruhen am 21. und 22. August beteiligten Be- wohner von Weissenfer. Es handelt sich um 24 meist noch sehr jugendliche Mitglieder einer kommunistischen Kampforganisation, die in der Nacht vom 21. zum 22. August beim Ausheben eines Waffenlagers in Weissen- fer von einer Polizeistreife überrascht wurden und hier- bei einen Sicherheitspolizisten niederschossen.

Die Anklage ist erhoben auf Grund einer hier zum ersten Male angewandten Verordnung des Reichs- präsidenten betr. die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit erforderlichen Maßnahmen, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. In die- ser Verordnung wird derjenige, der Angehörige der Reichswehr, der Marine, der Sicherheitswehr oder ähn- licher Wehren zum Ungehorsam gegen Anordnungen be- treffend die Auflösung, Berringerung oder Umgrup- pierung auffordert, mit Zuchthaus bis zu fünf Jah- ren bedroht. Derselbe Strafe betrifft denjenigen, der als Teilnehmer in Frage kommt. Zur Aburteilung kön- nen außerordentliche Gerichte eingesetzt werden, die aus drei Richtern und zwei Militärpersonen bestehen.

Massendemonstrationen der Kommunisten und Arbeits- lojen.

Die beiden kommunistischen Parteien und die Ar- beitslosenräte hatten Dienstag vormittag eine Massen- demonstration nach dem Lustgarten einberufen, um gegen

die „Unterwerfung der revolutionären Kämpfer der Weissenfer“ zu protestieren. Mehrere Tausend Arbeits- loser und Arbeiter, die ihre Betriebe verlassen hatten, füllten den Platz. Mehr als 20 Redner sprachen zu den Demonstranten. Hierbei kam es zu stürmischen Kundgebungen gegen die Unabhängigen, die ebenso wie die Mehrheitssozialisten die Arbeiterkraft eindringlich vor der Teilnahme an der Demonstration gewarnt hat- ten. Die Redner forderten vor allem die Einstellung des Verfahrens gegen die Weissenfer Genossen, gegen die am Vormittag die Verhandlungen vor dem außer- ordentlichen Gericht in Moabit begonnen hatten. Die übrigen Forderungen betreffen Auflösung und Entwaff- nung der Organisation „Eiserne“, freie Reise für die russische Gewerkschaftsdelegation, Festnahme und Aus- lieferung aller Verschwörer gegen Sowjetrußland und schließlich Schaffung politischer Arbeiterräte.

Nach Beendigung der Kundgebung bildete sich ein tausendköpfiger Demonstrationzug,

der unter Mitführung zahlreicher roter Fahnen durch die Stadt zog. Vor dem Hause der unabhängigen „Freiheit“ und des „Vorwärts“ kam es zu erregten Kundgebungen. Abgesehen von einer starken Behin- derung des Verkehrs kam es nirgends zu Unzuträg- lichen. Die Sicherheitspolizei hatte umfassende Vor- sehtsmaßnahmen getroffen. Das Kriminalgerichtsgebäude in Moabit ist für die Dauer der Gerichtsverhandlungen in verstärktem Maße gesichert.

Preuß. Landesversammlung.

Dritte Lesung des Kirchenaustrittsgesetzes. Das Haus beschlußunfähig.

Nach Erledigung einer Reihe kleiner Vorfagen will das Haus die dritte Lesung des Kirchenaustritts- gesetzes zu Ende führen. Die Unabhängigen bean- tragen namentliche Abstimmung. Da die beiden sozial- demokratischen Fraktionen vor der Abstimmung des Sit- zungsfaal verlassen, stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf eine Viertelstunde später an.

Nach kurzer Pause nimmt das Haus seine Ver- handlung mit dem Notetat wieder auf. Hierbei fordert Abg. Nippel (Dnt.) baldige Auflösung des Hauses und Anberaumung der Neuwahlen. Die Redner der beiden sozialistischen Parteien widersprechen dem Vordränger und verlangen zunächst die Verabschiedung der Verfäs- sung. Auch die Staatsregierung steht, wie Ministerprä- sident Braun alsdann betont, auf dem Standpunkte, daß die Verfassung noch vor Ausschreibung der Neuwah- len erledigt werden muß. Auch das Wahlgesetz, das dem Hause in den nächsten Tagen zugehen wird, muß erst ver- abschiedet werden, ehe überhaupt Neuwahlen stattfinden können.

Der Notetat wird dann in allen drei Lesungen an- genommen.

Ein deutschnationaler Antrag auf Entschädigung der Tierhalter für gefallene Tiere wird angenommen.

Ein Antrag Graf v. Brankfurts (Soz.) auf Unter- sagung der privaten Stellenvermittlung wird abgelehnt.

Abg. Christange (U. Soz.) fordert Vereinfachung von Mitteln für die durch Vollenbruch geschädigten Ein- wohner Mansfelds.

Abg. Mey (Br.) verlangt sofortige Auszahlung der schon im Januar bewilligten Hilfsgeelder für die durch Hochwasser des Rheins und seiner Nebenflüsse Geschädigten.

Der Antrag Christange geht an den Hauptaus- schuß, der Antrag Mey wird einstimmig angenommen.

Nach Erledigung einiger kleiner Anträge vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr: Anträge zum Gesetz Groß-Berlin.

Volkswirtschaftliches.

Die Besserung der deutschen Saluta macht erfreu- licher Weise weitere Fortschritte. Das Zwanzigmarkstück in Gold, das vorgestern auf 300 Mark zu stehen kam, ist an der Berliner Börse jetzt bereits wieder für 270 Mark zu haben. Immer noch eine ungeheure Summe, wenn man bedenkt, daß es vor etwas über 2 Monaten schon für 160 M. zu er- halten war.

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Brand.

32) (Nachdruck verboten.)

Der Kriminalinspektor schüttelte lachend den Kopf. „Es ist von gar keiner Krone die Rede. Die Liebe geht nun einmal ihre besondere Wege. Der glückliche Bräutigam ist ein einfacher bürgerlicher Schriftsteller, Dr. Bernhard Heller, ein lieber Mensch. Ich glaube, die beiden passen recht gut zu einander, und so habe ich denn herzlich gern ja gesagt, als der Doktor mir heute bekannte, wie ihm ums Herz sei.“

„Ich bin überzeugt, daß Fräulein Alara eine gute Wahl getroffen hat“, antwortete Bollhardt; „sie ist eine Menschenkenntnerin. Was Sie mir von ihren Leistungen erzählt haben, spricht dafür, daß sie sich selbst gut zu be- raten wußte, wo es sich um ihre eigene glückliche Zu- kunft handelte.“

„Nicht wahr, das denke ich auch“, rief der Braut- vater erfreut. „Und da mir Dr. Heller erklärt hat, daß er durchaus in der Lage sei, seiner künftigen jungen Frau ein sorgloses, ja selbst ein wenig luxuriöses Da- sein zu bieten, so bin ich auch in dieser Beziehung von allen Sorgen befreit. Schauen Sie einmal hin, da kommen sie beide. Nun, was sagen Sie, ein famoses Paar. Nicht wahr?“ Der auf seine Tochter so stolze Vater strahlte vor Glück.

Weiter wurde gerade in diesem Augenblick Bollhardt von einem seiner Untergebenen dienstlich abgerufen. Mit einem „Auf Wiedersehen!“ entfernte er sich. Es handelte sich nur um eine Anfrage von der Polizei- direktion, ob etwas vorgefallen sei, und ob weitere Hilfskräfte gebraucht würden. Mit dem Hin- und Her- gehen vergingen aber doch an die zwanzig Minuten, und als der junge Kommissar in das festliche Gemüß zurückkehrte, sah er Brandt und dessen Angehörige nicht mehr.

Ein berühmter Sänger trug einiger seiner Vrien- den und erntete damit so stürmischen Beifall, daß er sich zu weiteren Zugaben entschloß. Er war von einem rechten Kranz von Zuhörerinnen, entzückten Enthu- siastinnen, umgeben. Bollhardt glaubte in ihrer Mitte

auch Alara Brandt zu bemerken, aber er war seiner Sache nicht sicher, das Gedächtnis war zu groß. Er mußte seine Absicht, Fräulein Alara seinen Glückwunsch dar- zubringen, also noch etwas aufschieben. Langsam schob er sich in dem Menschengewühl weiter, und dabei kamen ihm die beiden, die er zu sprechen wünschte, aus den Augen. Jeder Augenblick brachte soviel Neues, daß er nicht dazu kam, seine Gedanken auf einen bestimmten Punkt zu konzentrieren. Die eine Hoffnung, Eliza Wil- mers so bald wie möglich wieder sprechen zu können, lag ihm allerdings beständig im Sinne.

Da fühlte er, wie sich eine Hand auf seine Schulter legte. Es war der Kriminalinspektor Brandt. „Ich kann Sie ja gar nicht lassen, Kollege, Sie werden sich wie ein Kal durch die Menschen, während ich hängen bleibe wie ein Aht an der Angel. Bitte, kommen Sie einen Augen- mit mir mit, ich möchte Ihnen eine Mitteilung machen.“

Bollhardt folgte ihm bereitwillig. Sie fanden einen ruhigen Winkel unter einer Treppe, die nach den oberen Räumen führte, in welchen für diesen Abend ein Film- Theater eingerichtet war. Dort blieben sie stehen und überblickten das glänzende Gemoge.

„Es wird auch manches Männlein und Fräulein darunter sein, das eigentlich nicht hinein gehört“, sagte Bollhardt lächelnd. „Aber unsere Bekannten nehmen sich wohl zusammen, um kein unliebsames Aufsehen zu erregen. Sonst bedürfte es in diesem Gedränge wirk- lich keines Langfingers von Genie, um eine gute Beute zu machen.“

Brandt machte eine geringschätzige Gebärde. „Wenn die Herrschaften kein Einsehen bei diesem Völkerver- haben und ihre Brillanten den Spitzbuben geradezu unter die Nase halten, so können sie sich nicht wundern, wenn sie gefesselt werden. Aber sie denken wohl, daß heute Abend die Eintrittskarte die Ehrlichkeit der Besucher verbürgt. Doch ich habe Ihnen etwas viel Wichtigeres mitzuteilen. Also hören Sie.“

Und er erzählte, daß ihm der Auftrag gegeben sei, auf den internationalen Hochstapler zu fahnden, der unter dem Spitznamen „Der Marquis“ bekannt war. „Er ist in unserer Stadt“, fuhr er fort, „und ich bin heute Abend hauptsächlich deshalb hier, um zu sehen,

ob ich diesem Gauner in Laßtiefeln nicht mit Hilfe des Fufalles auf die Spur kommen kann. Und denken Sie sich, wie groß ist meine Freude, als ich vorhin einen sehr eleganten Gast, mit ein paar exotischen Dekora- tionen auf dem Brad, im Flüsterton zu seinem Begleiter sagen höre: „Der Marquis ist auch hier, er sucht sich wahrscheinlich Arbeit.“ Der andere machte nur: „St. Vorlicht!“ Darauf brachen sie ab. Ich behielt die beiden im Auge, habe aber nichts weiter ermitteln können. Nun, das macht nichts, ich hoffe, das Glück wird mir spä- ter noch günstig sein. Aber, was haben Sie denn, Bollhardt?“

Der junge Kommissar hatte sehr angestrengt dem Geplauder des auf der Treppe auf- und absteigenden Publikums gelauscht und hat sich darauf mit ein paar gemurmelter Entschuldigungsworten nach dem Fuß der Treppe durchgearbeitet gesucht. Das ging bei dem Menschenstrom, der gerade hier sehr stark war, nur lang- sam, aber zuletzt gelang es ihm doch. So schnell als es ihm möglich war, eilte er die Treppentufen empor, lauschte nach allen Seiten und kam dann achselzuckend zu dem Kriminalinspektor zurück.

„Verzeihen Sie mir, daß ich so davon gelaufen bin“, entschuldigte er sich, „aber es war mir so, als hätte ich soeben den Baron von Hellberg sprechen hören, der in der „Eisernen Krone“ das Zimmer neben dem Bra- silianer bewohnt. Er ist ins Ausland gereist, als ich noch in dem Hotel war, wie er sagte, für längere Zeit, und deshalb wunderte ich mich, daß er schon wieder hier- her zurückgekommen sein sollte.“

Der Inspektor lachte leise für sich hin. „Halten Sie den etwa eines Streiches für fähig, daß Sie ihn so genau beobachten?“

„Im Gegenteil. Der Baron war damals äußerst liebenswürdig zu mir und ich hätte nur gern festgestell- ob er zurück sei. Ich glaubte seine Stimme ganz genau gehört zu haben, aber es war doch eine Täuschung. Aber jetzt sehe ich Ihnen zu Diensten für Ihre Razzia hinter dem „Marquis“. Woran glauben Sie, sollte er zu erkennen sein?“

(Fortsetzung folgt.)

Berlin, 22. September. (Warenmarkt.) Mais so weit abzuladen 187-188, Ost-Dez. 183-184, Flegelstroh 14-15, Brehlstroh 15-17, Maschinenstroh 13-14, Röhrl 18-21, Heinenheu 21-25, Feldheu 26-30, Kleehheu 27-32, Widen 140-145, Pelaschen 155-160, Ackerbohnen 155-161, Futtererbsen 330-340, kleine Kichererbsen 270-275, Futtererbsen 160-170, Kaps 370, Weizen 360 bis 375, Weizen 500, Seradella 110-115, Lupinen 85, Karsselein sortiert 28-29, für 50 Kilo ab Verladestation.

Aus Stadt und Land.

Reichswehrabschied. Der Kommandeur von der Reichswehrbrigade 19, Generalmajor Senfft v. Pilsach, hat einen Befehl erlassen, in dem es u. a. heißt: „Am 25. September hört die sächsische Reichswehrbrigade 19 auf zu bestehen. Leib und Leben haben die Truppen der Brigade in treuester Pflichterfüllung. Die schweren Tage in Chemnitz und Leipzig, in Hamburg und im Ruhrgebiet zeugen von der aufopfernden Treue der Brigade. Wenn ich jetzt nach einem Jahre den Befehl niederlege, so tue ich es mit dem Gefühl des reichsten Stolzes. Wenn wir jetzt auseinandergehen, so wollen wir alle es tun mit dem Gelübde, niemals zu vergessen, daß wir vereint zusammengestanden haben für Recht und wahre Freiheit unseres Vaterlandes. Unter aller Wunsche soll es bleiben, dem Vaterland in Treue zu dienen.“

Auch der Münchener Wehrkreis-Kommandeur General Noack spricht von einem Tagesbefehl aus Anlaß der Stärkeabnahme der Reichswehr den ausscheidenden Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften herzlichen Dank für ihre erfolgreiche Arbeit aus, besonders auch den höheren Führern, darunter dem Obersten Fpp., der nunmehr an die Spitze der Infanterie des Wehrkreises tritt.

Die Bremer Eisenbahner drohen mit Selbsthilfe. Die Eisenbahnbetriebsräte Bremens haben sich in einer Versammlung mit der Lage der allgemeinen Kartoffelversorgung beschäftigt und eine Entschließung gefaßt, in der die Regierung zu sofortigen Maßnahmen weils Herbeiführung der Verbilligung von Winterkartoffeln aufgefordert wird, andernfalls wird Selbsthilfe angedroht. Ferner wird jede Beförderung von Kartoffeln an Brennerien abgelehnt, solange die Bevölkerung nicht mit billigen Kartoffeln versorgt ist. Die Eisenbahnbetriebsräte halten einen Preis von 15 Mark für den Zentner für angemessen.

Ein Rottschweißdieb. In Rorpommern treibt gegenwärtig ein eigenartiger Liebhaber von Rottschweiß sein Unwesen. So wurden von dem noch unbekannten Diebe 16 Pferde des bei Straßund gelegenen Hutes Grünhufe die Schenke abgehauen. Dasselbe geschah bei 36 Pferden des Gutes Langendorf.

Ein neues großes Erdbeben. Montag nachmittag registrierte der Seismograph der Erdbebenwarte des Taurus-Observatoriums ein äußerst heftiges Erdbeben. Die ersten Vorläufer trafen um 3.57 Minuten 12 Sekunden ein. Die Reihe der Hauptwellen begann etwa 4.40 Minuten. Erst gegen 7 Uhr abends waren die Instrumente wieder völlig in Ruhe. Der Erdbebenherd befindet sich in einer Entfernung von über 15000 Kilometern, also in der Nähe des Gegenpols, vermutlich im südlichen Teil des Stillen Ozeans.

Hungerreisende Russen. Nach einem Berliner Mittagsblatt befinden sich im Gefangenenlager von Juidau die Russen seit dem 16. September im Hungerstreik unter gleichzeitiger Verweigerung der Arbeit, um dadurch die Abschaffung der ihnen lästigen Lagerstrafen zu erzwingen. Außerdem verlangen die Streikenden die Zurückbeförderung des bolschewistischen Agitaturs Tschelafoss, der von Juidau in das Gefangenenlager Nauzen abgeschoben worden war.

Italienischer Vogelmord in Deutsch-Südtirol. Seit dem 1. September sind in dem durch den Frieden italienisch gewordenen Deutsch-Südtirol die Einschränkungen im Jagdgesez aufgehoben worden. Die Vögel Deutsch-Südtirols sind damit, wie in Italien, „vogelfrei“. Sie sind somit den Wägen, Leimruten, Netzen und Fallen ausgeliefert. Es ist ein Jammer, daß die italienischen Behörden nun auch da dem Vogelmord offene Bahn schaffen, wo er durch die Sitten des Volkes bisher verpönt war.

Das New Yorker Bombenattentat noch nicht aufgeklärt. Die Untersuchung über die Explosion vor dem Rathaus Morgan tappt jetzt immer noch im Dunkeln. Die Zeitungen machen geheimnisvolle Andeutungen über russische, italienische, deutsche und japanische Mordattentäter. Der Sozialistenführer Leo erklärte in einer Massenversammlung, daß es allen Arbeitern wohl bekannt sei, daß die Transporte von Explosivstoffen der Hauptwerke ohne jede Rücksichtnahme auf die für solche gefährlichen Transporte bestehenden Verordnungen durch die Straßen von New York geführt werden. Leo schreibt die Explosion einem solchen fahrlässigen Transport zu. Gewaltige elektrische Scheinwerfer beleuchten des Nachts die Gebäude, in denen zahlreiche Arbeiter Tag und Nacht beschäftigt sind, die Schäden wieder auszubessern. Polizei und Militärpatrouillen marschieren durch die Straßen und haben vor allen Dingen ein Auge auf die Privatvilla Morgans, gegen die man weitere Attentate befürchtet. Das Finanzquartier der Milliarden New Yorks gleicht einem Feldlager. Jede Bank, jede Wechselstube ist von Militär und Polizei-Patrouillen bewacht, den Privatvillen der Milliardäre darf sich niemand nähern. Der verhaftete Fischer, der irrftinnig ist, behauptet, daß er die Kenntnis des Attentats „aus einer anderen Welt“ erhalten habe, wie er ebenso ein Attentat auf Wilson voraussagen müsse und wenn ihm dafür auch der „elektrische Stuhl“ blähe.

Gerichtssaal.

Der Flammenräuber vor Gericht. Vor dem Landgericht in Berlin findet am Mittwoch der Prozeß gegen den „Trilorenräuber“, den Rohrlieger Paul Krimmisch, statt. Krimmisch hat, wie bekannt, am 14. Juli von dem Gebäude der französischen Botschaft auf dem Pariser Platz die Fahne, die aus Anlaß des französischen Nationalfeiertages gehißt worden war, herabgerissen und im anstehenden Palais Friedländer-Boulevard verborgen. Die Anklage gegen Krimmisch lautet auf Vergehen gegen den § 103 a StGB. Nach diesem Paragraphen wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft, wer ein Heiligtum (Fahnen, Wappen usw.) eines deutschen Reichs (Fahnen, Wappen usw.) beschädigt, oder beschädigen zu lassen versucht.

Locales und Provinzielles.

Ungünstiges Erntewetter.

Alzu reichliche Niederschläge verzögern Ernte und Winterjaatbestellung.

Die lange Regenzeit hat, wie vorausgesehen war, die Einbringung der Ernte sowie die Bestellung der Winterjaat stark beeinträchtigt. In dem Saatenstandsbericht des deutschen Landwirtschaftsrats von Mitte September 1920 heißt es darüber:

Das Ende August eingetretene kühle und regnerische Wetter hielt bis gegen Mitte September an. Fast überall stiegen große Regenmassen nieder, die im Norden mehrfach die Getreideernte bis in den September verzögert und den Beginn der Spätkartoffelernte häufig hinausgeschoben haben. Ein und wieder wird sogar gemeldet, daß Roggen und Hafer auf dem Felde ausgewaschen und verdorben sind. Die zu große Nässe erschwerte das Einbringen des zweiten Getreideerntes, der im allgemeinen gut bewertet wurde, aber durch die ungünstige Witterung mehrfach gelitten hat.

Die Niederschläge haben auch die Winterjaatbestellung in verschiedenen Landesteilen verzögert. Wenn das in den letzten Tagen eingetretene sonnige Wetter weiter so anhielt, noch auf einen günstigen Ausgang der Kartoffel- und Winterernte. Für Rügen war die Nässe nicht ganz so schädlich, jedoch hat sich der Stand im Verhältnis zum Vormonat etwas verschlechtert. Die Kartoffelernte wird im allgemeinen geringer bewertet als im Vorjahre. Ueber Krankheiten der Kartoffeln wird diesmal weniger berichtet, jedoch rechnet man vielfach damit, daß die Vorkrankheit der Kartoffeln eine geringe sein wird. Veranzelt wird gemeldet, daß Wintergerste und Raps bestellt sind.

Der erste elektrische Personenzug durch den Gotthardtunnel. Mittwoch passierte der erste elektrische Personenzug den Gotthardt-Tunnel von Goßweilern bis Airolo in 13 Minuten. — Die ersten elektrisch geführten Güterzüge durch den Gotthardt-Tunnel fuhren in der Nacht zum 1. Juli dieses Jahres. Mit der Elektrifizierung dieser Linie hat die Schweizer Bundesbahnenverwaltung den ersten Abschnitt zur Elektrifizierung des gesamten Bahnnetzes der Schweiz getan, die innerhalb von zwanzig Jahren vollständig durchgeführt werden soll.

Die Braut „abhanden“ gekommen. In der in Delsnitz erscheinenden „Vögtl. Ztg.“ war dieser Tage folgendes Inserat zu lesen:

„Achtung dem Finder! Meine Braut Emma, geb. Grienhach, geb. Strödel, welche mit mir seit dem 28. Juli ausgetrennt war, ist mir abhanden gekommen, und ich bitte den glücklichen Finder, mir dieselbe nicht wiederzubringen, sondern in Verwahrung zu halten.“

Auch ein Zeichen der Zeit!

Das achtprozentige Vollbier wird jetzt in Bayern zum Preise von 1,60 bis 1,70 M. pro Liter zum Verkauf gebracht, während in Norddeutschland noch leichteres Bier verpackt wird. Das Vollbier soll erst kommen. Auch die billigen Preise wie in Bayern, sind in Norddeutschland noch nicht erreicht, obwohl Bayern keine niedrigere Biersteuer hat. Es wurde nördlich vom Main immer bestritten, daß Bayern so billiges und gutes Bier hat (das leichte Bier kostete dort nur 60 Pfennige der halbe Liter), aber es ist tatsächlich der Fall.

Sunte Steine.

Eine Wohnung von drei bis vier Räumen, die vor dem Kriege etwa 6-7000 Mark an Baukosten verursacht hat, ist heute nicht unter 70 000-80 000 M. herzustellen, ja in einzelnen Gegenden werden sogar bis zu 100 000 Mark notwendig sein. Bei einem jährlichen Bedarf von 150 000 Wohnungen, im Durchschnitt mit 80 000 M. pro Wohnung berechnet, wären also 12 Milliarden jährlich an Baukosten aufzubringen.

Der hiesige Bürgerverein, dessen Grundsatz es ist alle das bürgerliche Leben berührende Fragen zur breitesten Besprechung in seinen Versammlungen klar zu legen, hatte für Dienstag Abend, die Frage der Siedlungsbauteilen zur Aussprache gewählt. Daß er mit diesem Thema nicht daneben gegriffen hatte, bewies der überaus zahlreiche Besuch; selbst unser Ortsparlament Ober- wie Unterhaus, war beinahe vollständig vertreten. Herr Architekt Biannschilling von hier war als Referent gewonnen und sprach längere Zeit über seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Genossenschafts-Baugesellschaften. Es sei hier gleich bemerkt, daß seine Ausführungen eigentlich nicht für Siedlungsbauteile wie sie heute in Frage kommen, zugeschnitten waren sondern auf Erfahrungen früherer Jahre basieren. Nichtsdestoweniger fand sein Vortrag ungeteilte Aufmerksamkeit. Machen wir's den Schwalben nach haben wir uns ein Nest; begann er ja, aber womit baut der Mensch heute sein Nest? Die Schwalben bauen sich daselbst: vom Straßentot, der Mensch braucht hierzu aber Backsteine, Holz, Kalk, Cement etc. Was kostet dieses aber heute? Tausend Backsteine, die früher für 18 M. zu haben waren, kommen heute auf 440 bis 460 M. Ein Kubikmeter Holz auf 900 M. Die kubre Sand auf 60 M. Dazu kommt da Bierstadt jeder Bahnverbindung bar ist, die schwierige Anfuhr, die ein besonderes Aufkostenkonto hier verlangt. Auch die Abwasserkanäle bilden hier eine ganz besondere heikle Frage. Hinzu kommen die Kosten für Fahrweg und Bürgersteig nebst Wasserleitung und was sonst noch drum und dran hängt. (Wie Herr Bürgermeister Hofmann in der Mittwoch-Gemeindevertretung betonte, kostet beispielsweise der kurze Weg nach dem Dickschäfer'schen Baugelände auf der Bierstadter Höhe nicht wie bisher berechnet 54000 sondern 108000 M. Schriftl.) Alles in allem könne er aus diesen Gründen eine günstige Prospektation bei Bauten heute nicht erkennen und sei selbst für seine Person vom Bau eines Wohnhauses wie er es geplant, aus diesen Gründen abgekommen. Diesen Ausführungen trat sodann Herr Dauster als Schriftführer der hiesigen Ortsgruppe der Gemeinnützigen Siedlungsgenossenschaft entgegen und wies bei dieser Gelegenheit auch gleich dem Schriftleiter der „Bierstadter Zeitung“ eins aus was von diesem aber mit Humor hingen um-

me n wurde. (Uebrigens war der Vorwurf zu Unrecht, denn der Geschäftsleitung der Gesellschaft war überhaupt kein Vorwurf gemacht worden. Schriftl.) Redner war des Lobes voll von den bereits in Wiesbaden aufgeführten Bauten und lud jedermann zur Befestigung ein, denn nur Unkenntnis der Sachlage sei Schuld an der gegnerischen Stellung, die die Gemeinde ihren Bestrebungen entgegenbringe. Der Wunsch, die Tuberkulose, die nach dem Kriege wieder furchtbar zugenommen habe, zu bekämpfen sei hauptsächlich der Vater des Gedankens zum Bau der Einfamilienhäuser gewesen. Die kleinen Wohnungen, die für Arbeiterfamilien doch meist nur in Frage kämen und in deren Zimmer 4 und mehr Kinder nützigen müßten, bildeten doch gerade von der Hygiene aus betrachtet die größte Gefahr, darum solle man doch dankbar sein, daß endlich mit diesem Elend aufgeräumt wird. Die Häuser, die von der Siedlungsgenossenschaft gebaut würden, seien mit Friedensarbeit zu vergleichen. Das Fundament beispielsweise sei bis über einen Meter über der Erdoberfläche aus Bruchsteinen ausgeführt und ebenso sei auch das übrige Material welches zum Bau der Häuser verwendet wurde, einwandfrei. (Wir möchten hier anmerken, daß unser Artikel in der Dienstagnummer sich nicht auf die Siedlungsgenossenschaft sondern auf die geplanten Lehmstampfauten, die mehr oder weniger hier und dort auftauchen, bezog. Wenn der Genossenschaft eben daran lag ihren Bauten eine gerechte Beurteilung zuteil werden zu lassen, so hätte sie die Presse einladen sollen, was ja nun nachträglich geschehen. Schriftl.) Herr Architekt Rohy korrigierte die Ausführungen des Herrn Biannschilling insoweit als es nicht unbedingt nötig sei, daß die Straße 6 Meter breit sein müsse, da es sich ja nicht um eine viel befahrene Straße handele. Auch die Abwasserfrage müsse in ein anderes Licht gerückt werden als wie sie sein Kollege dargestellt habe. Gerade der Puddel bilde ein für die Lebensfähigkeit der kleineren an den Häusern anzueigenden Gärten ein sehr nötiges Objekt, das man in Gruben sammeln sollte. Hierzu bemerkte Herr Biannschilling, daß diese Gruben denen die Rinnenabwässer als Sammelstelle zugeführt würden, dann aber gerade die größte Gefahr als Seuchenerde bilden würden. Herr Nibel wies auf Grund seiner Erfahrungen im Verkauf nach, daß die Bauerei heute keineswegs unter so rosen Rosen Verhältnissen wie sie von Herrn Dauster geschildert seien vor sich gehen könne, ohne sich als Gegner der Siedlungsprojekte zu bekennen, müsse man aber doch eine Grundlage der Finanzierung vor sich haben. (Hier habe ich es aber und weder in der Versammlung am Dienstag Abend noch in der gestrigen Gemeindevertretung konnten die Herren mit genauen Material aufwarten sondern tappten im Punkte Baukosten noch selbst im Dunkeln. Schriftl.) Herr Behringer der Geschäftsführer der Wiesbadener Genossenschaft sprach seine Verwunderung darüber aus so vielen Schwierigkeiten in Bierstadt zu begegnen, er habe das Empfinden als wolle man ihm entgegenarbeiten, und meinte im übrigen: die Herren hätten alle zu schwarz was die Baukosten anbelange. Zu dem Preise wie Herr Biannschilling die Backsteine ausgegeben habe wolle er ihm so viel wie er haben wolle, liefern. Seine sonstigen Ausführungen gipfelten in denen des bereits von Herrn Dauster Gefagten. Jedenfalls würde gebaut, das steht fest! Wenn nicht mit Genehmigung der Gemeindeverwaltung dann eben ohne diese. Mittel und Wege ständen ihnen zur Verfügung eventuell auch im Enteignungswege. Herr Schmidt, der hiesige Vorsitzende der Ortsgruppe ließ dann noch eine donnernde Philippika gegen die Gemeindeverwaltung vom Stapel, der er Verschleppungspolitik und Untertreibung vorwarf; auch die heutige Beschaffung sei nur einberufen um ihnen Schwierigkeiten in den Weg zu legen und entgegen zu arbeiten. Herr von d. Ropp verneinte sich im Namen des Bürgervereins gegen letzteren Vorwurf und betonte, daß der Bürgerverein als er ins Leben getreten sei Besprechungen, die die Allgemeinbeit betreffen auf seine Fahnen geschrieben habe. Die weiteren Ausführungen die noch von verschiedenen Herren erfolgten gingen zu sehr ins persönliche über und wurden daher von den Vorsitzenden des Vereins Herrn Dietrich unterbrochen indem er betonte, daß jede persönliche Auseinandersetzung unterbleiben müsse und nur zur Sache selbst gesprochen werden dürfe. Hiermit endete gegen 12 Uhr die Versammlung.

Gemeindevertretung. Gestern Abend tagten die Herren von der Gemeindevertretung im oberen Rathausaal. Herr Bürgermeister Hofmann leitete die Sitzung. Der einzige Punkt der Tagesordnung betraf die Kriegerheimstättenfiedelung. Wesentlich Neues, wenigstens soweit es nicht bereits an anderer Stelle (Bürgerverein) gesagt wurde, ist nicht zu berichten. Die Gemüter pläztten zeitweise recht hart aufeinander um schließlich nach dreistündigem Debattieren einen Antrag des Herrn Georg Schüller, das in Frage stehende Grundstück zum mindesten anzukaufen damit die Sache endlich einmal vor sich gehe, stattzugeben. Denn, daß ein wirkliches Wohnungselend in Bierstadt herrsche, sei nicht von der Hand zu weisen. Dem Antrag wurde stattgegeben und der Beschluß gefaßt, das dem Händler Gustav Kahn gehörige, im Distrikt Bienen Garten gelegene Grundstück zu Siedlungszwecken von der Gemeinde anzukaufen. Die Weite beratung wird der Baukommission übertragen. Außerhalb der Tagesordnung stellte Herr Bürgermeister Hofmann nochmals Beschlußfassung über die Befoldung der hiesigen Gemeindebeamten auf 6 und des Gesetzes vom 8. 7. 1920 zur Besprechung. Man einigte sich dahin, die am 14. Juli gefaßten Beschlüsse als zu Recht bestehend gelten zu lassen. Eine Anfrage des Vertreters Herrn Bauer ob die Herren Gemeindebeamten, die den Sitzungen der Vertretung als Protokollierer beizuhören ihre Zeit als Nebenstunden bezahlt bekämen, wird dahin berichtet, daß diese Arbeit in dem gezahlten Gehalt einbegriffen seien. Schluß 20 Minuten nach 11 Uhr.

Schinderung der Kartoffeltransporte durch die Eisenbahner.

Die Kartoffelversorgung stößt in diesem Jahre auf ungeahnt große Schwierigkeiten. Während die Landwirtschaft auf Verladung drängen, suchen einzelne Bedarfsverbände die Abnahme dadurch hinaus zu verzögern, daß sie die Einzahlung der Vorschüsse und die Aufgabe von Verladeadressen verzögern. Hierdurch geht kostbare Zeit verloren; die rechtzeitige Eindeckung der Bevölkerung mit Winterkartoffeln wird dadurch gefährdet.

Viel ernstlicher ist jedoch das aus vielen Gegenden gemeldete eigenmächtige Vorgehen von Eisenbahnbeamten und -arbeitern, Gewerkschaften und Betriebsräten, die die Bestellung von Wagen für die Beförderung von Herbstkartoffeln verweigern oder von dem Nachweis nichtbehördlicher Genehmigung abhängig machen. Wie aus einem diesbezüglichen Erlaß des Reichsverkehrsministers hervorgeht, haben Beamte und Betriebsräte (vgl. Minden und Bremen) sogar verlangt, daß mit dem Versand der Kartoffeln erst begonnen werde, wenn die Eisenbahner des betreffenden Anbaubezirks selbst mit Kartoffeln eingebedet seien. Der Reichsverkehrsminister macht die Eisenbahner aufmerksam auf die katastrophalen Wirkungen ihrer Handlungsweise, namentlich für die Bewohner großer Städte und derjenigen Gebiete, die selbst keine Kartoffeln anbauen können. Auch die beabsichtigte Ausfuhr gewisser Kartoffelmengen dürfte nicht gehindert werden, denn sie sei meist notwendig gerade im Interesse der Einfuhr lebenswichtiger ausländischer Lebensmittel.

Geschlossenes Vorgehen aller Eisenbahner-Organisationen.

Die Eisenbahner begründen ihr Verhalten damit, daß infolge der Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft die Bauern in jenen Gegenden Deutschlands, wo der Kartoffelanbau besonders groß ist, ihre Produkte mit so großem Nutzen wie möglich an den Mann zu bringen suchen, ohne auf die breiten Massen der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. So verkaufen, wie der „Nationalzeitung“ aus Eisenbahnerkreisen mitgeteilt wird, die Bauern in Westfalen ihre Kartoffeln an Aufkäufer der Spiritusfabriken und die in Hessen-Nassau an Agenten, die sie an die Pfalz an die dort lebenden Franzosen zu ungeheurer hohen Preisen weiter verschicken. Jeder Festbesoldete, mag er nun Eisenbahner, Arbeiter oder Angestellter sein, kann nicht solche Preise zahlen. Eine Denkschrift, die der Eisenbahnerverband bereits vor einiger Zeit an das Ministerium gerichtet habe, und in der es um Abhilfe gebeten wurde, sei unbeantwortet geblieben, ebenso ein Telegramm der Frankfurter Eisenbahndirektion.

Sämtliche Eisenbahner-Organisationen hätten daraufhin in einer Versammlung in Frankfurt a. M. den einmütigen Beschluß gefaßt, die Angelegenheit der Eisenbahnergewerkschaften aufzufordern, die Beförderung der Kartoffeln und auch anderer Lebensmittelzüge im ganzen Reich einzustellen, falls die Regierung den berechtigten Wünschen der Eisenbahner, die auch die der minderbemittelten Bevölkerungsschichten sind, nicht Rechnung trage.

In Berlin sind Eisenbahnerdeputationen aus dem ganzen Reich eingetroffen, um mit den Behörden über geeignete Maßnahmen zum Abbau der Kartoffelpreise zu beraten. Die Bewegung unter den Eisenbahnern verdient diesmal besondere Beachtung, da sie von sämtlichen Gewerkschaften und Verbänden ohne Parteifunterschied und auch von den Eisenbahnbeamten unterstützt wird.

* Zwischen dem freien Kartell und der Bauernschaft in Flörsheim wurde eine Einigung dahin erzielt, daß der Kartoffelpreis für die hiesige Gemeinde auf 25 Mk. pro Ztr. festgesetzt wurde. Für Kriegerwitwen und Minderbemittelte werden 500 Ztr. der Ztr. zu 15 Mk. bereitgestellt und durch die Gemeinde zur Verteilung gebracht.

* Autounfall. Ein Motorrad von Herrn Pierat Alwinstr., Wiesbaden wohnhaft gefahren, auf dessen Rücksitz ein Herr Gerich von der Stadter-Höhe Platz genommen hatte, stieß am Dienstag mit einem großen Auto zusammen. Der Führer des Motorrades wurde schwer verletzt in das St. Josephs-Krankenhaus überführt, während Herr G. anscheinend mit weniger schweren Verletzungen davon kam aber zurzeit auch das Bett hütet.

Wetterbericht.

23.-24. Kurze Zeit heiter, darauf starke Bewölkung, strichweise Gewitter und Regen, wenig Sonnenschein, Wind leicht.

Bekanntmachungen.

Am Freitag, den 24. d. Mts., vorm. von 8-12 Uhr werden außer den Brotkarten auch die Zuckerkarten Nr. 1-1000 und am Samstag den 25. d. Mts., vorm. von 8-12 Uhr Nr. 1000 bis Schluß ausgegeben.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß ohne Ausnahme keine Karten verausgabt werden.

Bet ist Abholung des Zuckers.

Der Monatszucker für September und Oktober sowie der Kinder- und Kranken Zucker für September ist bis spätestens Samstag, den 25. d. Mts. abzuholen, da mit dem Ablauf dieses Tages die Karten ihre Gültigkeit verlieren.

Auf Grund des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (R.G.-Bl. S. 1553) wird mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirats verordnet was folgt:

Artikel 1 Die erste Ausführungsbestimmung zu dem Gesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (R.G.-Bl. S. 1553) vom 22. Aug.-st 1920 (R.G.-Bl. S. 1595) wird wie folgt geändert;

1. § 1 Ziffer a erhält folgende Fassung: Armeerevolver und Armeepistolen.

2. Im § 2 tritt als Ziffer g hinzu: bei Armeepistolen: Gleitschiene und Lauf.

Artikel 2. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Auf Grund des § 9 des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (R.G.-Bl. S. 1553) wird zur Verhütung von Waffenschleibungen mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Beirats verordnet was folgt:

§ 1. Jede Art der Beförderung von Militärwaffen, wesentlichen Teilen von Militärwaffen und von Munition auf der Eisenbahn, mit der Post, auf Schiffen und Kraftfahrzeugen und sonstigen Fuhrwerken sowie auf Luftfahrzeugen ist verboten. Das Verbot gilt nicht für die auf Grund des Friedensvertrages für die interalliierten Truppen zu befördernden, als solche gekennzeichneten Erzeugnisse, Nachschub- und Abschußtransporte.

§ 2 Von dem Beförderungsverbot des § 1 Satz 1 sind ausgenommen:

1. Waffen und Munitionstransporte, deren Inhalt nach dem Friedensvertrage an die alliierten Mächte auszuliefern ist,

2. Waffen- und Munitionstransporte, deren Inhalt zwecks Durchführung des Friedensvertrages und zwecks Erfüllung der in dem Abkommen von Spa übernommenen Verpflichtungen zur Ablieferung an Sammelstellen oder zur Zerlegung und Verschrottung bestimmt sind.

Die Transporte sind als solche zu kennzeichnen.

§ 3. Von dem Beförderungsverbot sind ferner ausgeschlossen Waffen- und Munitionstransporte, die für die Reichswehr und die zur Ausübung ihres Berufes mit Waffen versehene Beamtenschaft bestimmt sind, sofern für sie in jedem Einzelfall eine Genehmigung erteilt ist. Die Genehmigung wird bei Transporten für die Reichswehr durch das Reichswehrministerium, bei Transporten für die Beamtenschaft durch die Zentralpolizeibehörden der Länder erteilt.

Bei Transporten, für die Begleitpapiere ausgestellt werden, ist die Genehmigung auch auf den Begleitpapieren zu vermerken und zu beglaubigen; bei sonstigen Transporten hat der Transportführer eine Ausfertigung der Genehmigung bei sich zu führen und dem zuständigen Beamten auf Verlangen vorzuzeigen.

Diese Bestimmungen treten mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 4. September 1920.

Der Reichskommissar für die Entwaffnung der Zivilbevölkerung
gez.: Dr. Peters.

Vernehmendes wird hiermit veröffentlicht.

Für die freiwillige Abgabe der Waffen in hiesiger Gemeinde wird als Raum Zimmer Nr. 3 des Rathauses und zur Leitung der Empfangnahme und Ablieferung der Waffen der Assistent Herborn bestimmt. Die Ablieferung hat in den Dienststunden von 9-12 Uhr vorm. zu erfolgen.

Die Ablieferungsbedingungen sowie die Strafbestimmungen des Ablieferungsgesetzes sind durch amtlichen Anschlag in vorstehend angegebenem Dienstraum zu erfahren.

Bierstadt, den 22. September 1920.

Der Bürgermeister: Hofmann.

Für die uns anlässlich unserer Hochzeit so zahlreich zugegangenen Gratulationen und Geschenke sagen wir auf diesem Wege unseren

herzlichsten Dank.

Ganz besonderen Dank dem Männer-Gesang-Verein Bierstadt für den feierlichen Gesang.

Heinrich Wörner u. Frau,
geb. Schön.

Jeder Hausbesitzer muß Mitglied des Haus- und Grundbesitzer-Vereins sein.
Geschäftsstelle Moritzstraße 5.



Arbeiter-Radfahr Bund
„Solidarität“
Ortsgruppe Bierstadt.

Am Sonntag den 26. September „Bein-tour nach Darmstadt“ (Zesspunkt alte Schule) um vollzähliges Erscheinen bitte!

Der Vorstand.

Allgemeiner Bürgerverein Bierstadt.

Zu der am Freitag, den 24. d. Mts., abends 8 Uhr im Saalbau zur Rose stattfindenden öffentlichen Versammlung betr. Kartoffelversorgung hat unser Verein Einladung erhalten, was ich hiermit zur Kenntnis der Mitglieder bringe.

Der Vorsitzende.

Achtung! Achtung! Kartoffelversorgung.

Sämtliche Verbraucher werden hiermit am Freitag, den 24. September, abends 8 Uhr im Saalbau zur Rose zu einer

Massenversammlung

eingeladen.

Die Notlage bedingt es, daß Frauen und Männer zu dieser wichtigen Lebensfrage Stellung nehmen.

Daher betrachten wir es als moralische Pflicht, daß jeder Verbraucher dort zu erscheinen hat. Die Einberufer.

Reichsbund der Kriegbeschädigten, Kriegsteilnehmer u. Kriegshinterbliebenen Ortsgruppe Bierstadt.

Zu der am Freitag den 24. d. Mts. abends 8 Uhr im Saalbau zur Rose stattfindenden

öffentlichen Versammlung

betreffs Kartoffelversorgung laden wir alle Verbraucher Interessenten hiermit höflichst ein.

Der Vorstand.

Bauernschaft Bierstadt.

Morgen Freitag, den 24. d. Mts., nachmittags 2 Uhr findet in Erbenheim im Gasthaus zum Frankfurter Hof eine allgemeine Versammlung der Kreisbauernschaft statt, zu der alle Mitglieder der Ortsbauernschaft Bierstadt eingeladen werden.

Die Tagesordnung betrifft: 1. Vortrag und Besprechung über d. s. Reichsnachschub. 2. Bericht der Steuerkommission. 3. Verschiedenes, darunter Besprechung der Kartoffelversorgung.

Der Ausschuss der Bauernschaft.

Gemeinnützige Siedelungsgenossenschaft Ortsgruppe Bierstadt.

Samstag, den 25. September findet unsere

Mitgliederversammlung

im Gasthaus zum Sambrinus, abends 8 Uhr statt. Alle gerichtlich eingetragenen Mitglieder wollen bitte erscheinen.

Der Ausschuss.



Männer-Gesang-Verein Bierstadt (Gegründet 1883)

Zu unserer am Donnerstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr in Gemeinschaft mit dem Gesangverein „Frohman“ Jgstadt, stattfindenden

Generalprobe

im Saal zur „Rose“ hier, laden wir hiermit unsere Herren Ehrenmitglieder und Mitglieder, sowie Freunde und Gönner unseres Vereins ganz ergebenst ein.

Der Vorstand.

Achtung! Mütter!

Badet Eure Kinder zur Stärkung des Knochenbaues in Kreuznacher Mutterlauge, gebt ihnen reinen Medizinal-Lebertran und nährt sie mit Kufekes Kindermehl.

Alles in Friedensqualität und reiner Ware empfiehlt
Drogerie A. Lehmann, Wiesbadenerstr. 4.

Billiger Möbelverkauf.

Zu jed. annehmbaren Preis pol. u. lack. Schlafzimmer m. gut. Einlag., Küchen 1 u. 2tör. Schränke, pol. u. lack. Spiegel, Kleiderschränke, Waschkom., Büffet, Vertiko, Sekretär, Schreibtisch, Divan, Sofa, Tische, Spiegel, Leib- und Bettwäsche, Vorhänge.

Möbellager und Schreinerei
K. Graubner, Wiesbaden, Adlerstrasse 3.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt
18 kar. Gold 750
14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30-40.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Mauritzplatz
Wiesbaden.